

Für Omaha und Umgebung: Teilweise bewölkt und anhaltend kühl heute abend und Sonntag. Für Nebraska: Teilweise bewölkt heute abend und Sonntag. Für Iowa: Teilweise bewölkt und anhaltend kühl heute abend und Sonntag.

Tägliche Omaha Tribune

Klein aber wirksam
sind die „Massifizierten Anzeigen der Täglichen Omaha Tribune. — Lesen Sie sie um des Gewinnes willen!

34. Jahrgang.

Omaha, Neb., Samstag, den 8. September 1917.

-8 Seiten.—No. 154.

Kaiser muß gehen, sonst kein Friede!

Diese Kunde kommt heute halboffiziell aus der Bundeshauptstadt, wird jedoch angeblich von höchster Autorität verbürgt.

Selbstbestimmungsrecht für unterjochte Völker!

Washington, 8. Sept. — (Von Robert F. Bender, Korrespondent der United Press. Copyright 1917.) — Unbeschränktes Wahlrecht für ganz Deutschland, Ablegung der Hohenzollern Dynastie, das Recht der Bevölkerung streitigen Gebiets ihre Zukunft selbst zu bestimmen und Wiederherstellung und Entschädigung für jene Länder, die während des Krieges unterdrückt wurden, bedeutet den Frieden. Nichts anderes kann den Krieg beenden.

selben einverstanden erklären und sie annehmen.
Gerade dieser Punkt ist der wichtigste in der Antwort des Präsidenten auf die päpstliche Note. Er bedeutet tatsächlich, daß die Entente-mächte und der Rest der übrigen Welt als Richter über die in Deutschland eingeführten Reformen sitzen sollen. Die Ver. Staaten werden sich in dieser Hinsicht vor allen Dingen von solchen Nationen leiten lassen, die mit Deutschland die meiste Erfahrung gemacht haben — Frankreich z. B. Frankreich glaubt, es würde Tollheit sein, sich auf Friedensverhandlungen mit dem deutschen Kaiser einzulassen. Derselben Meinung sind auch die Ver. Staaten.

Um den Willen, der durch die kürzliche Erklärung des Staatsdepartements, die offenbar im Gegenlatz zu der Antwort des Präsidenten Wilson an den Vatikan steht, zu lösen, hat die United Press heute eine halboffizielle Erklärung über die Stellung der Bundesregierung erlangt, eine Erklärung, die von höchster Autorität als richtig wiedergegeben wird.

Wenn Präsi. Wilson sagt: Friede beruht auf Rechten der Völker — groß und klein — nicht auf Regierung, so meinte er es im wahren Sinne des Wortes, und dieser Punkt gilt auch von seinen Äußerungen über die allgemeine Abrüstung.
Es wird gesagt, daß Gieseler, Kottlingen, Posnien und die Herzogovina, Bosnien und die Herzogovina, Jugar Schleswig-Holstein, noch letzteres Dänemark im Jahre 1868 entlassen wurde, keinen Teil des Körpers und der Seele Deutschlands und Österreich-Ungarns bilden. Posnien und die Herzogovina wurden von Österreich-Ungarn im Jahre 1908 annektiert. Gieseler-Kottlingen war ein Teil der deutschen Krone nach dem Kriege 1870-71. Die Regierung ist der Ansicht, daß diesen Ländern das Recht gegeben werden soll, zu erklären, ob sie unter der Militärherrschaft der deutschen Mächte bleiben wollen oder in den Schoß ihrer Mutterländer, Frankreich, Dänemark und Serbien zurückkehren wollen, oder Selbstregierung vorziehen.

Die Annahme von Deutschlands inneren Reformen wird nicht von der Entscheidung der Ver. Staaten, oder England, oder Frankreich abhängen, sondern dieselben müssen so beschaffen sein, daß auch die übrigen Völker der Welt sich mit den

Es heißt, daß Posnien und die Herzogovina jenen neu zu bildenden Staat betreten wollen — dem slavischen Südrich, dessen Kern Serbien und Montenegro sind. Dalmatien, Fiume, Istrien, Triest und Görz, auf welche Gebiete es Italien abgesehen hat, möchten ebenfalls diesem südslavischen Staat einverleibt zu werden — und in hiesigen Regierungskreisen glaubt man, daß diese Völkerstaaten das Recht der Selbstbestimmung haben sollen.
Polen muß natürlich selbständig und Belgien wieder hergestellt werden und die Neutralisierung der Nordsee ist außer Frage.
Der Präsident hat die Tür zum Frieden offen gelassen, dieselbe aber ist sehr besetzt, und die deutschen Verbündeten dürfen nicht mit Waffen im Gewande durch dieselbe durch-

U-Boot-Erfolge im Monat August!

Leut Kapitän von Kühlweber haben die Landboote im August 750,000 Tonnen versenkt.

Kopenhagen, 8. Sept. — Kapitän von Kühlweber, der Marine-Sachverständige des Berliner Lokalanzeigers, hat ausgedrückt, daß im Monat August 750,000 Tonnen Schiffsraum von den Unterseebooten versenkt wurden.

Es heißt, daß Posnien und die Herzogovina jenen neu zu bildenden Staat betreten wollen — dem slavischen Südrich, dessen Kern Serbien und Montenegro sind. Dalmatien, Fiume, Istrien, Triest und Görz, auf welche Gebiete es Italien abgesehen hat, möchten ebenfalls diesem südslavischen Staat einverleibt zu werden — und in hiesigen Regierungskreisen glaubt man, daß diese Völkerstaaten das Recht der Selbstbestimmung haben sollen.
Polen muß natürlich selbständig und Belgien wieder hergestellt werden und die Neutralisierung der Nordsee ist außer Frage.
Der Präsident hat die Tür zum Frieden offen gelassen, dieselbe aber ist sehr besetzt, und die deutschen Verbündeten dürfen nicht mit Waffen im Gewande durch dieselbe durch-

„Daher,“ so sagt Kapitän von Kühlweber, „ist jetzt der kritische Augenblick für England gekommen. Die eingehende Ernte gibt ihm noch eine Unabwiesbarkeit von drei Monaten; wenn es gut geht, halten sie es auch noch bis zum Ende des Jahres aus.“

Die amtliche Bekanntgabe, daß über sechs Millionen Tonnen Schiffsraum versenkt wurden, zeigt, daß England nur noch 6,500,000 Tonnen Schiffsraum zur Verfügung haben. Nach Angabe der Admiralität muß England mindestens sechs bis sieben Millionen Tonnen Schiffsraum haben, um seine notwendigen Bedürfnisse zu decken.

China lehnt Wunsch der Entente ab!

Wilt mit den beschlagnahmten deutschen Dampfern nicht herausrücken.

Peking, 8. Sept. — Das Angebot der Entente-Regierungen, die von der chinesischen Regierung beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland beschlagnahmten deutschen Schiffe zu kaufen oder zu chartern, ist von der chinesischen Regierung abgelehnt worden. Die fraglichen Schiffe werden vielmehr einem chinesischen Syndikat überlassen, um so die eigene Handelsflotte zu erhöhen.

Paris, 8. Sept. — Der Lebensmittelmittler macht bekannt, daß er von 15. September an die Kontrolle über die Preise aller in Frankreich gewachsenen Kartoffeln und Bohnen übernehmen und für jedes Gebiet, welches diese Produkte zieht, die Preise bestimmen wird, die für sie verlangt werden dürfen. Alle Preisbeschränkungen werden von ihm auf Grund der Empfehlungen von Departementsausschüssen, bestehend aus den Präsesen und Direktoren des landwirtschaftlichen Dienstes in jedem Departement, drei Säbälern und drei Vertretern von landwirtschaftlichen Organisationen, bestimmt werden. Die Preise werden alle zwei Monate revidiert und der Verkauf dieser Produkte aus dem Departement ihrer Erzeugung in ein anderes wird nur mit besonderer Erlaubnis gestattet werden. Zuwiderhandlungen werden mit schweren Strafen und Konfiszierung der vorwärts-widrig verhandelten Waren bestraft.

Das amtliche „Journal“ veröffentlicht eine Verfügung unter dem bürgerlichen Requisitionsgebot, wonach jeder Produzent und Inhaber irgend welcher Art von öligen Samen, Früchten, Gemüsen, animalischen Fetten, Ölen, Glasern-Stoffen, Seifen und Kerzen in Mengen von 2000 Pfund bis 15. September eine genaue Angabe seiner Vorräte anfragen muß.

Rigas Fall mag Krise für Kerensky bringen!

Ruß, wenn er Lage nicht beherrschen kann, Frieden schließen oder gehen, sagen Diplomaten.

Washington, 8. Sept. — Die schwerste Prüfung des Kerensky'schen Regimes wird nunmehr auf den Fall von Rigas folgen. Die diplomatischen Kreise der Bundeshauptstadt sind sich alle darüber einig, daß die Erfolge der deutschen Truppen an der Riga-Front eine politische Krise in Rußland herbeiführen müssen.

Kerensky wird schwere Aufgabe zuteil.
„Kerensky sieht sich jetzt einem unmittelbaren Verlangen nach einer Lösung der inneren politischen Schwierigkeiten gegenübergestellt“, meinte heute der diplomatische Vertreter eines nordeuropäischen Landes. „Seine Aufgabe bedeutet nichts Geringeres, als selbst seine eigenen Landesgenossen in dem Rate der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten zu überzeugen und die strenge Disziplin in dem Heere zusammen mit der Auferlegung der Todesstrafe und der Abschaffung der Soldaten-Ausschüsse als Mittel zwischen den Offizieren und den Mannschaften einzuführen.“

Uneinigkeit im Verteidigungsrat!

Vizegouverneur Howard nennt Herbert C. Gooch einen professionellen Patrioten; fordert dessen Absetzung.

Columbus, Neb., 8. Sept. — Vizegouverneur Edgar Howard hat in der gestrigen Ausgabe seines Blattes „Columbus Telegram“ an den staatlichen Verteidigungsrat einen öffentlichen Aufruf erlassen, in welchem diese Behörde aufgefordert wird, ihr Mitglied Herbert C. Gooch zum Austritt zu veranlassen. Unter der Überschrift: „Ein schwarzes Schaf“ zieht Howard ebensoweniglos über Gooch her, den er einen professionellen Patrioten nennt. Er erklärt, daß der Verteidigungsrat durchweg aus anständigen Leuten besteht, daß sich jedoch ein schwarzes Schaf in demselben befindet, nämlich Herbert C. Gooch, Vizegouverneur von Nebraska. Dieser Vizegouverneur der Rühmten sei kürzlich zu einer Geldstrafe von \$50 verurteilt worden, weil er das Volk betrogen, indem die von seinen Wahlen verkauften Patente nicht das volle Gewicht enthielten. Der staatliche Verteidigungsrat müsse sich eines solchen Mitgliedes schämen. Ebenjotig wie einen Mann, dessen Geschäftsmethoden verbrecherisch befunden wurden, zum Mitglied des Verteidigungsrates zu nehmen, könne man einen Wolf zum Beschützer eines Schafes anstellen. Im Namen wahren nationalen Patriotismus, der landwirtschaftlichen Interessen Nebraskas, aller Anhänger der Anständigkeit fordert zum Schluss das „Telegram“ den Verteidigungsrat auf, die sofortige Resignation Goochs zu verlangen.

„Wenn er diese Dinge nicht durchsetzen kann, muß er entweder schleunigst einen Separatfrieden mit Rußlands Feinden abschließen oder aber einem stärkeren Manne Platz machen.“

Vertreter der Administration waren nicht geneigt, zuzugeben, daß die Nachschüsse, die Rußland bei Riga erlitt, die Schlußprüfung der Kerensky'schen Regierung erzwingen würden.
„Es ist praktisch unmöglich“, sagte ein Mitglied des Kabinetts, „zu sagen, ob die Wirkung der Räumung Rigas auf die russische Situation im allgemeinen eine gute oder schlechte sei wird. Die Russen haben ja noch verschiedene andere Verteidigungslinien. Es wird erst notwendig sein, die weiteren Entwicklungen abzuwarten, um zu sehen, was eigentlich das Resultat sein wird.“

Die russische Niederlage brachte auch in den diplomatischen Kreisen das Gespräch auf die unbedingte Notwendigkeit einer vereinten kriegsartigen Offensive gegen Österreich-Ungarn aller Alliierten. Ein Diplomat der Entente erklärte heute Abend, daß die russische Situation es nunmehr zur zwingenden und gebieterischen Notwendigkeit mache, daß die Alliierten-Streitkräfte zu einer entscheidenden Aktion in möglichst kurzer Zeit vorzugehen. Er vertritt dabei, daß, während die Alliierten es nicht gelacht haben, die Vereinigten Staaten zu zwingen, Krieg gegen Österreich zu erklären, eine solche Aktion jetzt sich als notwendig erweisen würde. Hierdurch würden die Vereinigten Staaten, sagte er, ihren militärischen Einfluß dort fühlbar und geltend machen, wo er am besten ausgenutzt werden könnte.

Gooch erklärt Howard für verrückt.
Lincoln, Neb., 8. Sept. — Herbert C. Gooch, Präsident der Gooch Milling Co. und Präsident der Star Publishing Company, erklärt, daß der obige Angriff Howards einen Angriff des Unkrautes der demokratischen Partei darstelle und die Antwort auf einen kürzlichen Brief auf Bundesvertragsverstoß Allen, einen Schwager Reynolds, im „Star“ sei, in dem Allen's Resignation verlangt wurde.
Gooch lachte, als er von der Verhöhnung Howards hörte. „Der Mann ist verrückt“, rief er aus. „Dann führte er aus, daß zur Zeit, als das neue Gerichtsgesetz in Kraft trat, welches das Vollgewicht statt des Bruttogewichtes vorschrieb, im Anfang von seiner wie von anderen Mühlen des Staates die 48 Pfund-Eide noch Bruttogewicht hatten, daß die Säcke 4 Lugen wiegen, und daß sie wegen dieser 4 Lugen Winderge- wicht in Aufregung gesetzt und zu \$50 Strafe verurteilt worden waren. Dies geschah im Jahre 1911.“

Gooch erklärte, daß er gar nicht daran denke, seine Resignation einzureichen, da jeder wisse, daß Go- ward das Mandat Reynolds sei und als Politiker im Staate abgewiekselt habe.

Einkommensteuer-Vorlage angenommen!

Der Senat nimmt dieselbe in der ursprünglichen Fassung des Finanzkomitees an.

Washington, 8. Sept. — Der Senat nahm gestern abend die neue Einkommensteuervorlage an, welche den zweitgrößten und wichtigsten Teil der Kriegsrevenue Vorlage in Höhe von \$2,500,000,000 bildet. Die Vorlage enthält die von dem Finanzkomitee ausgearbeiteten Bestimmungen in unverbänderter Form und dient, aus der Einkommensteuer \$842,000,000 mehr als bisher herauszuholen.

Der Annahme gingen heftige Debatte voraus, bei denen verschiedene Anträge die Steuern auf die höheren Einkommen noch zu vermehren abgeschlagen wurden. Die neue Vorlage bestimmt eine weitere Steuer von zwei Prozent auf die Normalsteuer und eine Heruntersetzung des steuerfreien Einkommens auf \$1000 bei unterberatheten und \$2000 bei verheirateten Leuten. Die Korporationssteuer von zwei Prozent wird verdreifacht. Auf Einkommen von \$5000 an werden Ertragssteuern gelegt, die von einem Prozent bis zu fünfzig Prozent bei Einkommen von über eine Million Dollars steigen.

Welche Leute sind überall daheim. Sogar in den Hallen unserer nationalen Gesetzgebung. Wie man es wieder erfahren hat.

Zentrum begünstigt Präsi. Wilsons Note!

Bedenkt aber, daß der Präsident die deutschen Verhältnisse ganz und gar nicht kennt.

Berlin, 8. Sept., über London. — Die Zentrumspartei hat zu der Antwort des Präsidenten Wilson an den Vatikan Stellung genommen und eine Erklärung abgegeben, in welcher darauf verwiesen wird, daß die Art und Weise der Abfassung der Note allerdings heranzufordern ist, dieselbe aber im Lichte jenes Prinzips betrachtet werden müsse, das sich der Präsident zum Ziele gemacht hat. Bei Besprechung des Inhalts der Note in der Note des Präsidenten dargelegten Kriegsziele und der von der Entente angeführten, wird darauf verwiesen, daß Wilson's Antwort annehmbar sein sollte.

„Trotz der Forderung des Präsidenten, daß das deutsche Volk für die Handlungen seiner Regierung bürgschaft stellen soll, heißt es in dieser Erklärung: „Das Herr Wilson über die Demokratisierung des Deutschen Kaiserreichs zu sagen hat, beweist nur die hilflose Unwissenheit dieses gelehrten Präsidenten der Ver. Staaten. Er scheint auch nicht die geringste Ahnung über die deutschen Zustände zu haben, denn sonst hätte er es in einer so wichtigen Volkssache unterlassen, einen Vergleich zwischen dem Regierungsmethoden, wie sie in Deutschland herrschen und denjenigen Washingtons zu ziehen.“

Dem wo findet man ein mehr demokratisches Regierungssystem, in Washington oder in Berlin? Wenn heute in Wahrheit an der Spitze irgend einer der freigelegten Mächte ein wirklicher Autokrat steht, dann mag man ihn in den Ver- Staaten finden. Argendwo anders hat ein Regierungsoberhaupt versucht, das Recht und die Wünsche des Volkes, an der Regierung teilzunehmen, zu unterdrücken.

Lange vor jener Zeit, als Präsident Wilson sich selbst das Recht nahm, in Deutschland demokratische Regierungsformen zu fordern, hatte unsere Regierung Maßnahmen in Preußen gemahnt, und wir haben das Versprechen des Königs, daß das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Ballot, das weitgehendste Wahlrecht der Welt, in Preußen eingerichtet werden wird. Wir haben auch das endgültige Versprechen des Reichstages, daß er befreit sein wird, eigenen Anschließ zu- wickeln, der Regierung und dem Reichstag herbeizuführen. Ja, er hat sein Versprechen schon jetzt bis zu einem gewissen Grade eingelöst.

Die Ereignisse, die zu dem Bruch zwischen Amerika und Deutschland führten und die Kriegserklärung der Ver. Staaten im Gefolge hatten, sind noch nicht genügend aufgeklärt, um darüber ein endgültiges Urteil zu fällen. Insofern gleichviel, unsere Sache ist es, Mittel und Wege zu finden, um eine Verständigung mit dem Präsidenten Wilson herbeizuführen. Die Meinung der alldeutschen Presse, sich mit solch einem Menschen nicht auf Friedensverhandlungen einzulassen, da dieses völlig außer Frage sei, finden wir als höchst richtig, besonders angesichts der Tatsache, daß Wilson noch mehrere Jahre lang als Präsident der Ver. Staaten fungieren wird. Die meisten von uns wollen den Krieg unter keinen Umständen bis zum Jahre 1918 ausbehalten.“

Brasilien läßt sich auf nichts ein!

Verstärkt Allierten weder Truppen, noch beschlagnahmte deutsche Dampfer.

Mio Janeiro, 8. Sept. — Die von den Zeitungen verbreitete Meldung, daß brasilianische Truppen nach Europa geschickt werden sollen, ist von Kriegsminister entschieden demontiert worden. Gleichzeitig wurde vom Marineminister die Erklärung abgegeben, daß Brasilien die beschlagnahmten deutschen Schiffe der Entente nicht überlassen werde.

Antitische Arbeiter für Philippinen.

Anwesenheit auf fünf Jahre, Zuchtzeit auf vierzehn beschränkt.

Manila, 8. Sept. — Der landwirtschaftliche Kongreß hat einen Beschluß angenommen, in welchem die Regierung aufgefordert wird, ein Gesetz anzunehmen, welches die Ein- führung afrikanischer Arbeiter auf den Inseln gestattet. Der Aufenthalt solcher Arbeiter soll auf fünf Jahre und ihre Tätigkeit auf landwirtschaftliche Arbeiten beschränkt werden.

Kaiser Wilhelm in Riga eingetroffen!

Ernennt General v. Alten zum Gouverneur der Stadt; drei britische Divisionen greifen an, werden jedoch zurückgeschlagen.

Schreckliche Kämpfe am Monte San Gabriele!

Amsterdam, 8. Sept. — Aus Berlin hier eingetroffene Depeschen be- sagen, daß der Kaiser sich nach Riga begeben habe und von den Truppen begeistert empfangen wurde. Er hielt eine Truppenparade ab, dankte den Soldaten für ihre an den Tag gelegte Tapferkeit und verlieh zahl- reiche Auszeichnungen. Gleichzeitig machte er bekannt, daß er General v. Alten zum Gouverneur von Riga ernannt habe.

Stellung unter allen Umständen zu halten und den Feind aus dem österröichischen Gebiet zu vertreiben. Teile des Schlachtfeldes sind mit Leichen bedeckt. Fünfmal hatten die Truppen Cadornas sich in den Besitz des Monte Gabriele gefügt, immer aber ist es den Österröichern gelungen, das Gelände zurückzuerobieren. Die beiderseitigen Verluste sind schwer.

Die Zeitung „Politiken“ will aus glaubwürdiger Berliner Quelle erfahren haben, daß die Deutschen noch in diesem Jahre schwerlich ihre Of- fenfeste in der Richtung auf Petro- grad fortsetzen werden.

Zu dem Hermando Abschnitt greifen die Österröicher mit großer Macht an; es sind Kerntuppen, welche die österröichisch-ungarische Heeresleitung dort ins Feld gestellt hat. Jener Abschnitt aber ist es auch, den die Österröicher unter allen Umständen halten müssen, wollen sie in Besitz von Triest bleiben. Rom meldet, daß die Lage an der Front für die Italiener günstig sei.

Zwei Depeschen des deutschen Kaisers!

Deutschland entschlossen, zu siegen; Volk und Kaiser einig.

Berlin, 8. Sept. — Das Kriegsamt meldete gestern Abend: Drei Divisionen englischer Truppen griffen an einer Front von 2 1/2 Meilen nördlich der Koller's-Hyern Bahn an, wurden jedoch unter schweren Verlusten ihrerseits zurückgedrückt. An der französischen Front liefern die württembergischen Truppen südlich von Beaumont dem Feinde ein siegreiches Gefecht und durchbrachen die französischen Linien.

„Der wichtige Erfolg unserer heroischen Truppen beweist der Welt und unseren Feinden aufs Neue, daß Deutschlands Heer und Volk, obgleich stets bereit, den schrecklichen Krieg zu beenden, fest entschlossen sind, mit ungebrochener Kraft und unerschüttertem Willen zum Siege den Verteidigungskrieg, der uns aufzueingeworfen wurde, zu einem glücklichen Ende zu bringen.“

Ron der russischen Front wurde gemeldet: Der russische Rückzug nordöstlich der Dina hält an. Bei Dünamünde eroberten wir 40 Ge- schütze, darunter 21 schweren Kalibers, sowie eine Menge anderes Kriegsmaterial.

Auf den Glückwunsch der Senatskammer von Bremen gab der Kaiser folgende Antwort:
„Die hinterlistigen Pläne unserer Feinde sind bisher durch Gottes Hilfe und durch Deutschlands Kraft und Ausdauer fehlgeschlagen. Deutsche Logik wird alle Versuche, das Volk und seinen Herrscher zu trennen, zunichte machen.“

Britische Meldungen.

London, 8. Sept. — General Haig meldete heute, daß sich in bergange- ner Nacht an seiner Front nur Schärnigel ereignet haben. In der Nachbarschaft von Cambelle, heißt es in seinem Bericht, unternahmen wir gegen die feindliche Linie einen Streifzug. Nordwestlich von St. Julien kam es zwischen unseren und feindlichen Patrouillen zu Zusammen- stoßungen, die für die Deutschen verlustreich verliefen. In dem Ab- schnitt von Langenard entwickelten sich heftige Artilleriekämpfe.

Die hinterlistigen Pläne unserer Feinde sind bisher durch Gottes Hilfe und durch Deutschlands Kraft und Ausdauer fehlgeschlagen. Deutsche Logik wird alle Versuche, das Volk und seinen Herrscher zu trennen, zunichte machen.“

Große Explosion in einem Bundesarsenal!

Zwei Personen getötet und dreißig verletzt und eine Anzahl anderer werden vermisst.

Philadelphia, 8. Sept. — In dem hiesigen Frankford Arsenal ereig- nete sich heute zu früher Morgenstun- de fünf Explosionen. Soweit bis jetzt bekannt, sind zwei Personen ge- tötet und etliche 30 verletzt worden; acht Soldaten, die Wache standen, wurden vermisst. Es heißt, daß die Explosion beim Füllen der Geschos- hüllen entstand. Eine Hilfe explo- nierte und das dadurch entstandene Feuer breitete sich rasch aus. Bis jetzt sind zwei Leichname geborgen worden; man erwartet aber, daß die Zahl der Ungekommenen größer sein wird. Aht Soldaten, die Wache- dienst verrichteten, werden vermisst.

Washington, 8. Sept. — Im Kriegs-Departement hat die Nach- richt über die Explosion im Bundes- arsenal zu Frankford großes Auf- sehen erregt. Die Meldung, daß die- selbe auf „einen unglücklichen Zu- fall“ zurückzuführen ist, hat Be- stimmung hervorgerufen. Die Ange- legenheit wird streng untersucht werden.

Ludendorff bei einem Bahnhinfall verlegt!

Rohenhagen, 8. Sept. — Es wird halboffiziell gemeldet, daß General- quartiermeister Ludendorff, die rechte Hand Hindenburgs, am 19. August bei einem in der Nähe von Brüssel stattgefundenen Bahnhinfall verlegt wurde. Infolge einer Wadenver- letzung soll die rechte Beinmuskulatur mit dem Spezialzug des General- und warf den Wagen, in welchem sich Ludendorff befand, um.

Washington, 8. Sept. — Im Kriegs-Departement hat die Nach- richt über die Explosion im Bundes- arsenal zu Frankford großes Auf- sehen erregt. Die Meldung, daß die- selbe auf „einen unglücklichen Zu- fall“ zurückzuführen ist, hat Be- stimmung hervorgerufen. Die Ange- legenheit wird streng untersucht werden.

Rohenhagen, 8. Sept. — Es wird halboffiziell gemeldet, daß General- quartiermeister Ludendorff, die rechte Hand Hindenburgs, am 19. August bei einem in der Nähe von Brüssel stattgefundenen Bahnhinfall verlegt wurde. Infolge einer Wadenver- letzung soll die rechte Beinmuskulatur mit dem Spezialzug des General- und warf den Wagen, in welchem sich Ludendorff befand, um.

Rohenhagen, 8. Sept. — Es wird halboffiziell gemeldet, daß General- quartiermeister Ludendorff, die rechte Hand Hindenburgs, am 19. August bei einem in der Nähe von Brüssel stattgefundenen Bahnhinfall verlegt wurde. Infolge einer Wadenver- letzung soll die rechte Beinmuskulatur mit dem Spezialzug des General- und warf den Wagen, in welchem sich Ludendorff befand, um.